

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint an jedem Sonntag. Monats-Bezugspreis bei Vorzahlung im Voraus 1.90 RM., bei Nachzahlung 2.00 RM., bei Postzahlung 2.10 RM., bei Nachzahlung 2.20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreise: 1. Spalte 1.00 RM., 2. Spalte 0.80 RM., 3. Spalte 0.60 RM. (für 10 Zeilen). Tagespreise: 1. Spalte 0.10 RM., 2. Spalte 0.08 RM., 3. Spalte 0.06 RM. (für 10 Zeilen). Anzeigenpreise: 1. Spalte 1.00 RM., 2. Spalte 0.80 RM., 3. Spalte 0.60 RM. (für 10 Zeilen). Tagespreise: 1. Spalte 0.10 RM., 2. Spalte 0.08 RM., 3. Spalte 0.06 RM. (für 10 Zeilen).

Das Tagesblatt erscheint an jedem Sonntag. Monats-Bezugspreis bei Vorzahlung im Voraus 1.90 RM., bei Nachzahlung 2.00 RM., bei Postzahlung 2.10 RM., bei Nachzahlung 2.20 RM. Einzelhefte 10 Pf. Anzeigenpreise: 1. Spalte 1.00 RM., 2. Spalte 0.80 RM., 3. Spalte 0.60 RM. (für 10 Zeilen). Tagespreise: 1. Spalte 0.10 RM., 2. Spalte 0.08 RM., 3. Spalte 0.06 RM. (für 10 Zeilen).

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Söbba, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesitz. Rotationsdruck und Verlag: C. & K. Rosberg (Inhaber Ernst Rosberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegeat, Frankenberg.

Nr. 285 Mittwoch den 8. Dezember 1926 nachmittags 85. Jahrgang

Nurzer Tagespiegel

Der Konflikt der Sozialdemokratie mit der Reichsregierung ist durch den Beschluß der Gewerkschaften verstärkt worden, in dem die Partei aufgefordert wird, der Regierung die Alternative zu stellen, ob sie mit den Deutschnationalen oder mit der Sozialdemokratie in Zukunft ihre Gesetze im Reichstage durchzuführen will.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat sich eine leichte Enttäuschung wegen der Beschlüsse der Gewerkschaften zu Schulden kommen lassen, die die Partei aufgefordert wird, der Regierung die Alternative zu stellen, ob sie mit den Deutschnationalen oder mit der Sozialdemokratie in Zukunft ihre Gesetze im Reichstage durchzuführen will.

Die Spannung in Genf

Berlin in Erwartung

(Eigener Informationsdienst)

Berlin, 8. Dezember.

In Berlin erwartet man jeden Augenblick die Entscheidungen aus Genf in der Militärkontrollangelegenheit. Die wir hören, man darüber unterrichtet, daß sich die Franzosen zu einem restlosen Zugeständnis an Deutschland nicht verstehen und man deshalb gegenwärtig in Genf bemüht ist, ein für Deutschland tragbares Kompromiß zu suchen. Für die französische Stellungnahme soll ausschlaggebend sein, daß im Januar Senatswahlen stattfinden, von denen Poincaré eine Mehrheit für die Rechte erhofft, die jedoch umwandelbar ist, wenn er seinen bisherigen Standpunkt in der Militärkontrollfrage verläßt. Man versucht also, Deutschland mit einem moralischen Zugeständnis wie auf der Märztagung des Völkerbundes in diesem Jahre abzufinden und ihm das Versprechen zu geben, im März des kommenden Jahres die Angelegenheit endgültig zu regeln. Die deutschen Vertreter der Verhandlungen in Genf, Paris und Berlin halten jedoch daran fest, daß die Lösung des Investitionsproblems im Sinne Frankreichs unannehmbar ist. Nach der Erklärung in Genf wird die Reichsregierung voraussichtlich an die Völkervereinigung, der die letzte Entscheidung über die Aufhebung der ständigen Kontrolle zufällt, eine Note richten, in der sie ihren Standpunkt darlegt.

Bor der Frontenstabilisierung in Frankreich?

Paris, 7. 12. In Fortsetzung seines Finanzexpertes in der Kammer kam Poincaré auf die Sparmaßnahmen der Regierung und die Steuerpolitik zu sprechen. Für das Jahr 1927 seien zur Amortisierung der öffentlichen Schuld acht Milliarden vorgesehen. Die öffentliche Schuld verhöre sich mehr als die Hälfte der Einnahmen. Frankreich habe gegenwärtig 150 Milliarden Rücklage, 36 Milliarden kurzfristige und 94 Milliarden langfristige Schulden. Es habe die in diesem Jahre fälligen Schulden an Amerika und England bezahlt und werde auch seinen Verpflichtungen für 1927 nachkommen. Ueber die Stabilisierungsmaßnahmen sagte Poincaré nichts. Eine Stelle seiner Rede läßt den Schluß zu, daß er nun an die Frontenstabilisierung gehen will. Die Symptome der Wirtschaftskrise beurteilte er nicht zu pessimistisch, gab aber zu, daß einige Unternehmungen gelähmt und Arbeitslosigkeit eingeführt hätten. Zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise werde die Regierung ein Programm zur Erhöhung der Produktion in Frankreich und in den Kolonien einbringen. Für heute habe die Regierung nur den Ehrgeiz, ein im Gleichgewicht befindliches Budget zur Veranschaulichung zu bringen, um so die öffentlichen Schulden zu vermindern. Dann folgte die Abstimmung über das Finanzgesetz. Zum allgemeinen Erkennen erklärte sich Poincaré mit der Zurückstellung verschiedener Artikel bis zum Ende der Beratung einverstanden, damit die Finanzkommission sie von neuem prüfen könne.

Biel Lärm um nichts

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 8. Dezember.

Die Sozialdemokraten haben sich beschwerend an den Reichskanzler gewandt, weil der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion in seiner Eigenschaft als Abgeordneter aus seinem Herzen keine Würdegrube gemacht hat und in Interburg der Wählerliste erklärte, daß die einzige Möglichkeit der Schaffung gesunder Mehrheitsverhältnisse im Reichstage in der Bildung des Bürgerblocks liege. Im ersten Augenblick sah man in politischen Kreisen eine neue Krise heraufdämmern, die das parlamentarische Leben unendlich beunruhigt hätte. Nach Informationen aus Regierungskreisen handelt es sich bei dem Vorstoß der Sozialdemokraten jedoch nur um einen Schreihöhner, der dazu führen sollte, endlich mit der großen Koalition Ernst zu machen. Der Reichskanzler wird am Donnerstag nach der Wiederannahme der Parlamentsberatungen mit Herrn Dr. Scholz persönlich verhandeln und ihn fragen, ob er tatsächlich gegen die augenblicklich von der Regierung verfolgte Tendenz agitiert, oder ob es sich vielmehr um ein latentes Manöver bei der Interburger Rede gehandelt habe.

In der Deutschen Volkspartei wird versichert, daß die Bildung des Bürgerblocks vorläufig gar nicht in Frage käme, daß man aber die Fühlung mit den Deutschnationalen nicht verlieren dürfe, da man bei den verschiedensten Gelegenheiten auf ihre Mitarbeit rechnen müsse, da die Sozialdemokraten eine Unterstützung ablehnen. Wegen dieser Auffassung wird wieder der Kanzler noch ein anderer Führer des Zentrums etwas einzuwenden haben, da die Aufgabe des Kabinetts nicht darin liegen kann, die Sozialdemokraten zu beschließen, sondern die eingebrachten Gesetze mit möglichst großer Mehrheit durchzubringen. Die Folgen des sozialdemokratischen Schrittes werden verschiedenartig sein. Graf Westarp hatte von der Interburger Rede Dr. Scholz's sicher noch keine Kenntnis, als er in Duppeln seine Ausführungen über die Außenpolitik machte und der Koalition anempfahl, sich die deutschnationalen Forderungen zu eigen zu machen. Es muß damit gerechnet werden, daß schon in den nächsten Tagen von Seiten der Deutschnationalen erneut die Bereitschaft zur Unterstützung der Regierungspolitik erfolgt, um die Sozialdemokraten ins Hintertreffen zu bringen. Andererseits wird Dr. Marx die überaus günstige Gelegenheit ergreifen und den Sozialdemokraten vorschlagen, mit der Regierungskoalition zusammen die kulturpolitischen Gesetze zu verabschieden, um endlich aus dem Hin und Her des jetzigen parlamentarischen Betriebes ein festes Gebilde hervorzugehen zu lassen. Nicht zuletzt ist durch die Taktik Müller-Franke die Stellung der sozialdemokratischen Führer im Lande gestärkt worden. Das Gespenst des Bürgerblocks wird auch den radikalen Sozialdemokraten davon übergehen, daß nur der Zusammenstoß der Sozialdemokraten mit der bürgerlichen Mitte die Partei vor der Isolierung bewahrt. Nur diese Weise wird sich vor allem die gebildeten

Frankreich weiterhin für die Kontinuität der Militärkontrolle

Paris, 8. 12. (Frankfurt.) Die offizielle Presse hofft weiterhin zuversichtlich, daß es in Paris gelingen werde, vorläufig zumindest die Kontinuität der Militärkontrolle in Deutschland zu sichern. Für die Abberufung der internationalen Kontrollkommission bleibe dann nur noch der Termin festzulegen. Deshalb richte sich die Hauptaufmerksamkeit der Alliierten darauf, eine so elastische Formel zu finden, daß die deutschen Einwände hinsichtlich der Permanenz der Völker-

Bericht des Reparationsagenten für November 1926

Berlin, 7. 12. Das Büro des Generalagenten für Reparationszahlungen veröffentlicht eine Uebersicht über die Einnahmen und Zahlungen im dritten Annuitätsjahre bis zum 30. November 1926. Danach betragen die Einnahmen im November insgesamt 94 787 131,52 Reichsmark (im dritten Annuitätsjahr bis zum 30. November 274 392 127,80 Reichsmark). Der Gesamtjahresbestand betrug am 30. November 368 018 202,61 Reichsmark. Die Gesamtzahlungen betragen im November 89 558 842,67 Reichsmark (261 342 854,33 Reichsmark). Davon wurden ausgegeben für die Mächte insgesamt im November 80 825 834,29 Reichsmark (235 317 056,90 Reichsmark), für den Dienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924: 6 726 504,89 (20 578 457,84) Reichsmark, für die Reparationskommission, 300 027,38 Reichsmark (893 485,79 Reichsmark), für das Büro der Reparationszahlungen 308 128,21 (925 085,06) Reichsmark, für die internationalisierte Rheinlandkommission 261 783,54 (786 603,15) Reichsmark, für die Militärkontrollkommission 200 000 (700 000) Reichsmark. Die Besatzungskosten betragen im November 7 128 979,37 Reichsmark (21 648 801,41 Reichsmark). In Sachlieferungen wurden veranschlagt im November 37 580 788,26 (122 428 117,80) Reichsmark, an Betragslieferungen 10 112 940,54 (20 144 639,73) Reichsmark und für die Reparations-Recovery Acts im November 22 553 086,60 (62 720 669,51) Reichsmark.

Der italienisch-südslawische Streit

Belgrad, 8. 12. (Frankfurt.) Ein hochgestellter Belgrader Politiker erklärte ausländischen Pressevertretern, daß Südslawien den Völkerbund anrufen werde, um die Anerkennung des italienisch-albanischen Vertrages mit allen Mitteln zu verhindern. Sollte sich der Völkerbund auf die Seite Italiens stellen, so würde Südslawien nichts anderes übrig bleiben, als aus dem Völkerbunde auszutreten. Der italienisch-südslawische Vertrag sei jedenfalls durch den Vertragsabschluss zwischen Italien und Albanien hinfällig geworden, da Italien verstoßen habe, den Vertragsbestimmungen entsprechend Südslawien von der neuen Bindung zu unterrichten. Hinsichtlich Rücktritt sei selbstverständlich gewesen, nachdem seine Politik durch das Vorgehen Italiens in so peinlicher Weise bloßgestellt wurde. In den politischen Kreisen Südslawiens herrscht außerordentliche Unruhe. Man spricht sogar von der Möglichkeit kriegerischer Verhandlungen mit Italien im kommenden Frühjahr. Militärische Vorbereitungen werden bereits getroffen. An der albanischen Grenze wird eine Umgruppierung und Verstärkung der südslawischen Truppen vorgenommen.

Politische Nachrichten

Kontrollbesuche in Königsberg und Löben. Wie die Blätter einer Korrespondenz entnehmen, haben in den letzten Tagen neue Besuche der Militärkontrollkommission im Osten Deutschlands stattgefunden und zwar wurden die Festungen Königsberg und Löben inspiziert.

Albert Thomas kommt nach Berlin. Wie die Blätter hören, trifft der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, am Mittwoch, den 15. Dezember, in Berlin ein, um hier in mehrtägigen Besprechungen mit den zuständigen Regierungsstellen die Frage der Neubestimmungen und Verteilung von Stellen im Internationalen Arbeitsamt zu klären.

Arbeitgemeinschaft rechtfertigen lassen, gegen die von linksgerichteten Sozialdemokraten in den letzten Tagen ebenfalls heftig Sturm gelaufen ist.

Keinen Augenblick glaubt man in Regierungskreisen aber daran, daß die Sozialdemokraten im Parlament ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett einbringen, da sich mit der Bildung einer neuen Regierung die Lage für die Sozialdemokraten nicht verbessern wird sondern nur verschlechtern kann.

Scheidemann droht der Deutschen Volkspartei

München, 7. 12. Abg. Scheidemann sprach am Dienstag abend in einer sozialdemokratischen Versammlung über das Thema „Der alte und der neue Staat“. Der Redner wandte sich in scharfer Polemik gegen Dr. Scholz. Wenn Scholz, so führte er aus, von seiner Partei nicht desavouiert werde, sei es mit der Unterstützung der Reichsregierung durch die Sozialdemokratie vorbei. Dann sei diese frei und werde den Kampf gegen die Regierung beginnen. Die Sozialdemokratie sei auch heute noch zur Mitregierung bereit.

Berlängerung des Sperrgesetzes

(Eigener Informationsdienst)

Berlin, 8. Dezember.

In Reichskabinettsrat hat, wie wir hören, die Verlängerung des Sperrgesetzes für die Parteien vernehmlich Billigung gefunden. Der Reichstag wird am Donnerstag diesen Standpunkt vor-